

Nr. 1 Statement



„Der GOZ-Entwurf hat uns
geeeint wie keine andere
politische Provokation.“

DR. PETER ENGEL • Präsident der Bundeszahnärztekammer

„Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd“, hat schon der alte Bismarck gewusst. Wie überraschend ist es da, wenn eine Politikerin – und das auch noch in einem sogenannten „Superwahljahr“ – plötzlich die Wahrheit spricht. Einer Tageszeitung gegenüber hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt jedenfalls kürzlich in bislang nicht gekannter Klarheit offenbart, was sie uns Zahnärzten über ihr Haus bislang eher indirekt, etwa in Gestalt des Entwurfs einer durchbematisierten GOZneu, zu verstehen gab: Das System der privaten Krankenversicherung gehöre abgeschafft, so die Ministerin. Und sie verneinte auch nicht, dass hinter diesem Wunsch der Ruf nach einer Bürgerversicherung stehe.

Frau Schmidt bezieht früh eine Position, für die sie sich auch aus dem Lager des politischen Gegners, der Union, Unterstützung erhofft. Derweil rüttelt die internationale Finanzkrise tatsächlich auch das Wirtschaftsbiotop Deutschland durcheinander. Man muss wahrlich kein Banker sein, um deren möglichen negativen Auswirkungen auch auf den chronisch klammen Gesundheitsmarkt vorauszusagen. Der Staat, der sein in Bälde vielleicht schon klammes Füllhorn vornehmlich über die Verursacher dieser Krise ausschüttet, will solche Auswirkungen auf den Beitragszahler zwar ebenfalls wegfinanzieren. Aber der Druck, Leistungen zu begrenzen, zu beschränken oder gar ganz unmöglich zu machen, wird unter Beibehaltung des gleichermaßen überkommenen wie überholten Gesundheitssystems der heutigen Form sicher nicht abnehmen.

Der Ruf nach dem starken Staat, der jetzt als Retter in der Not an allen Ecken und Enden gefordert wird, darf allerdings nicht überdecken, dass sich ein solcher Staat zwangsläufig vom wohlmeinenden Vater zum alles beherrschenden Übervater auszuwachsen droht. Was das in Konsequenz bedeutet, erlebt unser Gesundheitssystem ja schon seit zwei Jahrzehnten: Regulierung und Restriktion ersetzen Liberalität und Staatsentlastung, es wird, wie durch Frau Schmidt, eine „Ideologie der Freiberuflichkeit“ regelrecht verteuftelt. Eine Freiberuflichkeit, die als staatsentlastendes und -tragendes Element seit den Tagen des Preußenstaates über die verkammerten Berufe wichtige Pflichten und Aufgaben übernommen und erfüllt hat. Das Prinzip der Subsidiarität, also

der politischen und gesellschaftlichen Maxime der Selbstverantwortung anstelle staatlichen Handelns – im Prinzip also genau das, was der neue amerikanische Präsident seinem Land ganz konkret abverlangt und auf das es in Zukunft für den hierzulande notwendigen Wandel nach meiner Meinung mehr denn je ankommen wird –, dieses bewährte Prinzip soll ohne Not aufs Abstellgleis der Geschichte geschoben werden.

In diesem Licht scheint der Affront, den der Entwurf zur GOZneu in sich ganz klar darstellt, auch der Versuch zu sein, das von Frau Schmidt beschriebene Ziel schon zu erreichen, ehe die tatsächliche politische Ziellinie überhaupt erkennbar ist. Dieser Entwurf hat unseren Berufsstand geeint wie keine andere gesundheitspolitische Provokation der Vergangenheit. Und auch die Ärzte stehen hier auf unserer Seite, weil sie das politische Spiel durchschaut haben und nicht applaudieren möchten, wenn man sie mit ihrer GOÄ durch einen vergleichbaren Kakao zieht. Diese einheitliche Ablehnungsfront darf nicht durchbrochen werden. Und wir sollten nicht – etwa mittels darauf fokussierter Hilfs- und Schulungsangebote – so tun, als rechneten wir damit, dass dieses unsägliche Papier tatsächlich Ordnungskraft erreicht. Wir werden im Gegenteil alles in die Waagschale werfen, dass es nicht so weit kommt. Politisch dürfte dies am ehesten über den Bundesrat gelingen.

Wie eingangs erwähnt, steht ein Jahr mit vielen Wahlen vor der Tür. Und gewöhnlich möchten Politiker sich in dieser Phase keinen unnötigen Ärger aufhalsen. So könnte auch der Einheitsversicherungs-Furor, dem Frau Schmidt unterliegt, an seine Grenzen stoßen. Dabei wären wir gern behilflich. Vor allem aber benötigen wir eine private Gebührenordnung, die diesen Namen auch verdient.

Das Schlusswort möchte ich erneut dem früheren Reichskanzler Bismarck überlassen. Ich denke, wir befinden uns derzeit bereits im zweiten Satz dieses Zitats: „Der Staatsmann muss die Dinge rechtzeitig herannahen sehen und sich darauf einrichten. Versäumt er das, so kommt er mit seinen Maßregeln meist zu spät.“

Dr. Peter Engel
Präsident der Bundeszahnärztekammer